

FÜNFZIG JAHRE ENTWICKLUNGSPOLITIK AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG

7. NOVEMBER 2011 IN BERLIN

„DIE FEINDE VON HEUTE SIND NICHT DIE ANDEREN NATIONEN. DIE FEINDE VON HEUTE SIND VIELMEHR ARMUT, UNWISSENHEIT, KRANKHEIT UND DISKRIMINIERUNG. WAS WIR BRAUCHEN, IST EINE ZUSAMMENARBEIT IM SINNE EINER MENSCHHEITSFAMILIE DER GANZEN WELT.“ (KONRAD ADENAUER, 1957)



*Carl-Dieter
Spranger im
Gespräch mit
Dr. Christian
Ruck und
Moderatorin
Dr. Hildegard
Stausberg.*

1. EINFÜHRUNG

Während der Regierungszeit von Konrad Adenauer etablierte die Bundesrepublik Deutschland als erstes westliches Industrieland am 14. November 1961 ein eigenes Ministerium mit der Aufgabe, in eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einzutreten. Walter Scheel (FDP) wurde zum ersten Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ernannt und übernahm die Aufgabe, die strukturellen Grundlagen der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland zu konzipieren.

Anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung am 7. November 2011 zu einer Konferenz in Berlin eingeladen, um die Prinzipien deutscher Entwicklungszusammenarbeit (EZ) an den aktuellen Herausforderungen der Globalisierung zu messen und den Blick auf Potentiale für die Zukunft zu richten.

In ihren einführenden Bemerkungen hoben sowohl Herr Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Staatsminister a.D., als auch Herr Anton Pfeifer, Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung und Staatsminister a.D., hervor, dass die Entwicklungszusammenarbeit sowohl aufgrund unserer globalen Verantwortung als auch wegen unse-

rer eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen geleistet würde. „Nur wenn sich eine politische und gesellschaftliche Ordnung an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, an den Prinzipien der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie an der sozialen Marktwirtschaft orientiert, nur dann können dauerhaft Frieden, wirtschaftliche Entwicklung und die Lösung sozialer und ökologischer Probleme erreicht werden“, so Anton Pfeifer.

Er betonte weiter, dass man den Menschen in seiner Individualität sehen müsse und Politik, Gesellschaft und Wirtschaft so zu strukturieren seien, dass Einzelne dort mitwirken und Verantwortung tragen können. Man solle also den Menschen so unterstützen, dass er seine Fähigkeiten entfalten und weiter entwickeln kann, um seine Lebensumstände selbstständig verbessern zu können. Pfeifer hob besonders die Arbeit von Dr. Volkmar Köhler (CDU), dem ehemaligen parlamentarischen Staatssekretär des Entwicklungsministeriums, hervor. Dieser hatte schon im Jahre 1986 darauf hingewiesen, dass „Entwicklungszusammenarbeit aus moralischer Verantwortung, wie auch aus politischer und wirtschaftlicher Weitsicht“ geleistet werden müsse. Pfeifer unterstrich, dass sich insbesondere die Konrad-Adenauer-Stiftung auch im kommenden Jahrzehnt an christlichen Werten orientieren wolle, um die Lebenssituation möglichst vieler Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern.



Anton Pfeifer und Dr. Hans Zehetmair.

Rückblickend auf fünfzig Jahre Entwicklungspolitik sprach dann Dr. Hans Zehetmair von einer „Sternstunde der Parlamentarier“, da diese damals maßgebend zur Gründung und Struktur des BMZ beigetragen hätten.

Dr. Zehetmair unterstrich, dass die Entwicklungszusammenarbeit im Laufe der Zeit vielschichtiger geworden sei und die heutigen Anforderungen an die Entwicklungspolitik über deren klassisches Verständnis hinausreichen würden.

Die klassischen Ziele und Schwerpunkte der Entwicklungspolitik, wie die Bekämpfung von Unterentwicklung und Armut und die Investition in Bildung und Gesundheit hätten sich zwar kaum verändert, jedoch hätten die globalen Herausforderungen, wie Ernährungssicherheit, Wirtschaftskrisen und Umweltprobleme, an Bedeutung zugenommen. Deshalb sei es für die Entwicklungspolitik notwendig gewesen, handlungsorientierter zu werden, um nicht nur bei der Armutsbekämpfung, sondern auch mit Blick auf den Zerfall von Staaten und die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus, konstruktive Beiträge zu leisten. Deshalb würden die Anforderungen an alle entwicklungspolitischen Akteure anspruchsvoller und der Mittelbedarf umfangreicher.

NAMENSERWEITERUNG DES BMZ

Am 23. Januar 1993 wurde der Name Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, um das Wort „Entwicklung“ erweitert und zum Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, da nun neben einer Verbesserung des wirtschaftlichen Austausches auch die Förderung der inneren Entwicklung dieser Partnerländer im Sinne einer Modernisierung und Demokratisierung in den Vordergrund rückte. Auch verstärkte sich das Bewusstsein dafür, dass man globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel und der Umweltzerstörung nur gemeinsam erfolgreich begegnen kann.

Zur Bewältigung der neuartigen Herausforderungen gelte es vor allem, so Dr. Zehetmair, die Kooperationsbereitschaft der Partnerländer untereinander zu erhöhen. Es sei von großer Bedeutung, nach neuen, wirkungsorientierten entwicklungspolitischen Konzepten zu suchen. Als ein positives Beispiel für eine erfolgreiche Stiftungsaktivität verwies Dr. Zehetmair auf die Leistungen der Hanns-Seidel-Stiftung in Ägypten, die ihre Arbeit in diesem Land nicht nur auf Kairo konzentriert habe, sondern gerade auch in ländlichen Gebieten aktiv geworden sei. Diese Vorgehensweise habe die Förderung einer dezentralen Politik ermöglicht, die wiederum für den Aufbau von demokratischen Strukturen von großer Bedeutung sei.

2. ENTWICKLUNGSPOLITIK IM WANDEL DER ZEITEN

Die Festrede bei dieser Veranstaltung hielt Bundesminister a.D., Carl-Dieter Spranger, der das BMZ in der Zeit von 1993 bis 1998 leitete.

Zu Beginn seiner Ausführungen betonte Spranger, dass die Entwicklungszusammenarbeit „ein eigenständiger, tragfähiger und wahrnehmbarer Eckpfeiler der auswärtigen Beziehungen“ sei. Mit Beginn der Globalisierung sei das Schicksal Europas noch stärker mit dem der Schwellenländer verbunden, sodass die Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern schon aus eigenen Sicherheitsinteressen der Industriestaaten heraus notwendig sei. Dabei hob Spranger hervor, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht nur aus christlicher Nächstenliebe, sondern auch im eigenen fundamentalen Interesse der Geberstaaten erfolge. Die Entwicklungshilfe sei keine „Weltsozialhilfe“, sondern Hilfe zur Selbsthilfe unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. In diesem Sinne sei das langfristig anzustrebende Ziel, „weg von der Entwicklungshilfe hin zur Entwicklungszusammenarbeit“ zu kommen.



Anton Pfeifer, Staatsminister a.D. und Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D. und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung.

Spranger sieht die Entwicklungszusammenarbeit als Investition in die wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Fähigkeiten des Menschen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus, demzufolge es „zur Würde des Menschen gehöre, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen“. Seit der Gründung des BMZ hätten immer drei Ziele im Vordergrund gestanden: Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Bildung. Um diese Ziele zu erreichen, sei es, so Spranger, unabdingbar, dass die „Entwicklungsländer durch Eigenverantwortung lernen“. Die Geberländer trügen dabei die Verantwortung, auch in den weniger entwickelten Ländern geeignete Rahmenbedingungen zu fördern. Während seiner Zeit als Minister hat er selbst fünf wertebezogene Kriterien, die sogenannten „Spranger-Kriterien“, zur Förderung dieser Rahmenbedingungen aufgestellt:

- Schutz der Menschenrechte
- Beteiligung der Bevölkerung
- Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit
- Schaffung einer sozialen, marktorientierten Wirtschaftsordnung
- Entwicklungsorientierung der Partnerregierungen

Dabei betonte Spranger, dass diese Kriterien keine Maßstäbe für bestimmte Leistungen seien, sondern als Hilfsmittel für den Entscheidungsfindungsprozess in der Entwicklungszusammenarbeit dienten, um damit Reformen aktiv zu fördern. Diese Kriterien werden heutzutage allgemein unter dem Begriff der „Good Governance“ zusammengefasst.

Entwicklungsanstrengung sei nicht nur Aufgabe des Staates allein, „sondern Aufgabe der ganzen Gesellschaft“, führte Spranger weiter aus. Hierbei verwies er auf die große Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen sowie der Politischen Stiftungen und der Kirchen, welche die Notwendigkeit zur Entwicklungszusammen-

arbeit der eigenen Gesellschaft näher bringen könnten.

3. DIE AUFGABEN VOR UNS

Einen Blick in die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit warf dann Dr. Christian Ruck MdB, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

Anknüpfend an seine Vorredner verwies er auf den hohen Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit für das Eigeninteresse Deutschlands und Europas. Die Schwellenländer würden globale Herausforderungen, wie die Verknappung der Ressourcen und den Klimawandel, maßgebend mit beeinflussen. Er bezeichnete

SPRANGER-KRITERIEN = GOOD GOVERNANCE

Carl-Dieter Spranger stellte während seiner Amtszeit als Bundesminister die fünf, als Spranger-Kriterien bekannt gewordenen, wertebezogenen Kriterien zur Förderung der Rahmenbedingungen in den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit auf. Heutzutage fallen sie unter den Begriff der „Good Governance“. Der Begriff „Good Governance“ wird häufig mit „gute Regierungsführung“ oder auch „verantwortungsvolle Regierungsführung“ übersetzt. Der Begriff „Governance“ beschreibt die Art und Weise, wie in einem Staat Entscheidungen getroffen und politische Inhalte formuliert und umgesetzt werden. Dabei ist Good Governance immer transparent und effektiv. Good Governance beteiligt die gesamte Bevölkerung, berücksichtigt die Meinung von Minderheiten und die Bedürfnisse von Schwachen. Alle Bürgerinnen und Bürger werden mit den notwendigen öffentlichen Gütern und sozialen Dienstleistungen versorgt. Das Konzept Good Governance beinhaltet eine armutsorientierte und nachhaltige Politikgestaltung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Leistungsfähigkeit und Transparenz des Staates, die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte sowie ein kooperatives Verhalten in der Staatengemeinschaft.



Carl-Dieter Spranger,
Bundesminister a.D.

die Schwellenländer als die „Herren der Regenwälder“ und verdeutlichte damit ihren großen Einfluss auf das Weltklima. Auch die demographische Entwicklung werde zum größten Teil von den Schwellen- und Entwicklungsländern bestimmt. Der enorme Bevölkerungsanstieg könnte laut Ruck in Zukunft zu großen Wasser- und Ernährungsengpässen führen: „Der Konflikt um die natürlichen Ressourcen wird zunehmen und damit den Migrationsdruck verschärfen“. Die Frage sei, wie die deutsche EZ gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern agieren müsse, um diesen globalen Herausforderungen angemessen begegnen zu können. Ruck formulierte dazu sechs Empfehlungen an die deutsche Entwicklungspolitik:

MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS

Im Jahr 2000 haben 189 Staaten, darunter auch Deutschland, die Millenniumserklärung und die acht Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals) beschlossen. Darin hat sich die internationale Gemeinschaft zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2015 den Anteil der in extremer Armut Lebenden zu halbieren, allen Kindern eine Grundbildung zu ermöglichen, Kinder- und Müttersterblichkeit deutlich zu senken und ansteckenden Krankheiten einzudämmen.

Die acht Ziele sind:

1. Armut und Hunger beseitigen
2. Grundbildung für alle Kinder verwirklichen
3. Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rechte und den Einfluss der Frauen stärken
4. Die Kindersterblichkeit senken
5. die Gesundheit der Mütter verbessern
6. HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen
7. Schutz der Umwelt verbessern
8. eine weltweite Entwicklungspartnerschaft

1. Herausforderungen müssen ohne Selbstüberschätzung angenommen werden.

- Die Herausforderungen müssen angenommen werden, aber die Länder dürfen sich dabei nicht überschätzen, da die Entwicklung eines Landes aus dessen Innerem erwachsen müsse. Man könne jedoch entscheidende Impulse geben und dadurch langfristig Strukturen beeinflussen.

2. Mehr Geld in die Entwicklungszusammenarbeit investieren.

- Es sei notwendig, das 0,7%-Ziel in der Entwicklungspolitik weiter zu verfolgen.

3. Das Geld effizienter nutzen.

- Das verfügbare Geld müsse allerdings noch effizienter eingesetzt werden, d.h. vor allem in Schlüssel-sektoren, die selbständiges Handeln seitens der Entwicklungs- und Schwellenländer bewirken. Ein tragfähiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum verlange entsprechende Rahmenbedingungen, die den Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklungsbemühungen stellen. Zudem sei es wichtig, im Politikdialog auf die Schaffung entsprechender Strukturen zu drängen und auf die Notwendigkeit guter Regierungsführung hinzuweisen. Auch der Ansatz des BMZ, eine eigene unabhängige Evaluierungsstelle einzurichten, sei dabei richtungweisend.

4. Bündelung der Kräfte der unterschiedlichen EZ-Organisationen.

- Als ein positiver Ansatz sei die Vereinigung der EZ-Durchführungsorganisationen, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), und der Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH (Inwent), zu der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) zu bewerten.



Dr. Christian Ruck MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

5. Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung.

- Innerhalb der Europäischen Union sowie zwischen der UN und der Weltbank, fehle es an gemeinsamen und untereinander abgestimmten Handlungen, eine Verbesserung der Koordination sei dringend erforderlich. Die Kräfte sollten national gebündelt und international arbeitsteilig abgestimmt sein, um gezielt und kohärent eingesetzt werden zu können.

6. Die Entwicklungszusammenarbeit muss noch politischer werden.

- Die Entwicklungszusammenarbeit müsse im Rahmen des Politikdialogs versuchen, zum Strukturwandel in Entwicklungsländern durch Konditionierung und Belohnung beizutragen. Ruck appellierte an dieser Stelle an „eine Politik aus einem Guss“, die bis in die höchsten politischen Gremien vordringen müsse.

Mit Blick auf die Struktur des BMZ stellte Ruck mit Nachdruck fest, dass das BMZ für die globalen Herausforderungen „falsch aufgestellt“ sei. Seiner Meinung nach sollte das BMZ zum „Ministerium für die Gestaltung der Globalisierung“ werden und damit die alleinige Kompetenz für die Koordination aller Aktivitäten und Projekte in den Entwicklungsländern erhalten. Die Politik der vernetzten Sicherheit, also das Zusammenspiel der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, sei dabei ein erster Schritt auf einem „richtigen Weg“ in eine verstärkte Koordination und Vernetzung.

4. PODIUMSDISKUSSION

Die Diskussionsrunde wurde von Dr. Hildegard Stausberg, Korrespondentin für „Die Welt – Weltgruppe“, moderiert.

Stausberg: Frau Hübinger (MdB), das Thema Kohärenz der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Politikfeldern ist eines Ihrer Lieblingsthemen, warum ist das Ihrer Meinung nach so wichtig?

Hübinger: Ohne ein kohärentes, abgestimmtes Handeln hat man keine Hebelwirkung. Denn nur wenn man die einzelnen Politikfelder aufeinander abstimmt und gemeinsame Konzepte erarbeitet, hat man Synergien, die man sonst nicht freisetzen kann. Gerade wenn es um Umwelt-, Bildungs- und Gesundheitsfragen geht, sollten die einzelnen Ministerien viel stärker miteinander kommunizieren und zusammenarbeiten.

Stausberg: Was könnte man denn tun, um den Austausch der EZ unter den europäischen Ländern zu verbessern?

Hübinger: Es hakt in der EU schon an dem Miteinander, also an der Arbeitsteilung. Die Frage ist, wie gehe ich in den einzelnen Staaten mit EZ um? Da ist es beispielsweise von Bedeutung, dass wir ein Entwicklungsministerium haben. In anderen Mitgliedstaaten ist die EZ bei der Außenpolitik angesiedelt, z.B. in Frankreich. Das ist ganz entscheidend für die Sichtweise: Die Franzosen denken eher außenpolitisch als entwicklungspolitisch. Ich glaube, dass wir unsere eigene EZ und die Kompetenz darüber überdenken müssen. Wir müssen uns fragen, wo ein besseres Zusammenarbeiten zwischen den Mitgliedstaaten und der europäischen Ebene erfolgen kann. Denn die EU-Ebene hat immer gesagt, dass sie nach dem Subsidiaritätsprinzip tätig wird – d.h. dann, wenn ein Mehrwert entsteht. Dies erkenne ich auf der EU-Ebene momentan nicht. Man muss sich fragen, was die EU an die Mitgliedstaaten abgeben kann. Zugleich müssen wir uns in den Mitgliedstaaten überlegen, was die Aufgabe der EU in der EZ sein soll. Ich glaube dann kommen wir zu einer guten kohärenten Zusammenarbeit.



Diskussion mit den Hauptrednern und Anette Hübinger MdB sowie Dr. Martin Bröckelmann-Simon, Geschäftsführer der Internationalen Zusammenarbeit MISEREOR.

Stausberg: Herr Spranger, eben hat Herr Pfeifer einen Satz gesagt, der mich sehr nachdenklich gestimmt hat. Er hat gesagt, dass es noch keineswegs sicher sei, dass die Demokratie die Staatsform ist, die sich in Lateinamerika durchsetzen wird. Wir waren einmal zusammen in Nicaragua. Wenn Sie das heute sehen – 1990 wurde Violeta Barrios de Chamorro Präsidentin – wir haben entschuldet und geholfen. Waren wir damals nicht zu nett? Hätten wir damals nicht vielmehr konditionieren müssen?

Spranger: Wir haben damals konditioniert, aber wir haben die Perspektive dieses Umbruchs, im positiven Sinne, überschätzt. Und dabei haben wir gar nicht gemerkt, dass der Umbruch der 90er Jahre wieder die Kräfte der Vergangenheit mobilisiert hat – die heute wieder voll im Geschäft sind. Die Schlussfolgerung davon ist, dass wir uns jeder Euphorie und Illusion über die Perspektive einer guten Entwicklungspolitik enthalten müssen.

Stausberg: Sie haben den Begriff der „Good – Governance“ erwähnt. Wie müsste Good Governance denn im besten Fall in der Umsetzung aussehen? Was können wir einfordern?

Spranger: Kriterien für Good-Governance bestehen und die deutsche Entwicklungspolitik muss auf die Perspektive der Spranger-Kriterien hinarbeiten. Aber es geht nicht, dass man dies den Ländern bloß abverlangt, sondern man muss den Partnerländern auch die Vorzüge von Rechtsstaatlichkeit vermitteln. So kann ich ihnen verständlich machen, dass rechtsstaatliche Strukturen von Vorteil sind, weil so Investoren angelockt werden. Wenn die keine Gerichte haben, kein Handelsgesetzbuch und keine Wirtschaftsordnung, wo die Investoren ihre Rechte geltend machen können, dann bleiben diese fort. Das verstehen auch die Chinesen sehr schnell. Deshalb muss man die Vor-

züge, die diese Rahmenbedingungen bieten, im eigenen Interesse den Schwellen- und Entwicklungsländern deutlich machen.

Stausberg: Ich würde gerne noch einmal auf Dr. Yunus zu sprechen kommen. Wie müssen wir uns in der EZ die Möglichkeit der Finanzierung von Kleinstkrediten in Zukunft vorstellen? Ist es damit vorbei oder kann man die Idee retten und wenn ja, wie?

Spranger: Ich werde jetzt nicht die Grameen Bank in ihrer jetzigen Situation bewerten, sondern die Idee, die dahinter steht. Die Idee ist von vielen anderen Organisationen übernommen worden. Da gibt es bspw. Frühstücksküchen, die eine Frau in einem Baucontainer vor einer Fabrik betreibt, dort kocht und sich von dem Gewinn einen zweiten Baucontainer kauft. Es gibt verschiedene Modelle, um den Menschen als selbständigen Kleinunternehmer seinen eigenen Unterhalt verdienen zu lassen. Ich bin ein Anhänger davon, dass wir ganz unten beginnen, diese Art von selbständigen Kleinunternehmertum auf verschiedene Art und Weise zu fördern. Allerdings muss es nicht immer ein staatliches Konzept sein. Meiner Ansicht nach sind gerade die Nichtregierungsorganisationen prädestiniert dafür, dies mit zu organisieren.

Stausberg: Herr Ruck, sie sagten, dass die EZ politischer werden muss. Wenn Sie das Gesagte jetzt einmal auf China beziehen, wie würde das im Idealfall aussehen?

Ruck: Man muss versuchen die Partnerländer, z.B. die Chinesen, bei ihren eigenen Interessen zu packen. Denn es kann nicht im Interesse der Chinesen sein, wenn sie die letzten sind, die menschenrechtsverachtende, afrikanische Diktatoren stützen. Es kann auch nicht im Interesse Chinas sein, dass sie Geschäfte mit Regimen machen, die völlig instabil werden und das



*Carl-Dieter Spranger,
Anette Hübinger.*

ziemlich schnell. Folglich muss es auch im Interesse Chinas liegen, dass man ein gemeinsames, vorausschauendes System mit gemeinsamen Regeln hat, an die sich jeder halten muss.

Stausberg: Nun müssen wir sagen, dass es Stabilität nicht ohne eine gewisse Sicherheit geben kann. Vor zehn Jahren haben sich die Vereinigten Staaten entschlossen mit Kolumbien – mit dem Plan Colombia – das Thema einer Sicherheitszusammenarbeit anzugehen. Wie würden sie heute ihre eigene Arbeit dort sehen und wie ist ihre Position zum Plan Colombia, Herr Bröckelmann-Simon?

Bröckelmann-Simon: Ich glaube, dass es durchaus eine differenzierte Einschätzung seitens der kolumbianischen Kirche zu den Ergebnissen des Plan Colombia gibt. Ihre Kritik am Plan bringen wir in Deutschland ein. Wir nehmen es sehr ernst, nur dann aktiv zu werden und möglicherweise auch Sanktionen der deutschen Politik nahezubringen, wenn es von unseren Partnern so erwünscht und initiiert wird. Wir haben den großen Vorteil, dass wir eben nicht nur die Stimme der deutschen Bevölkerung ausdrücken, die MISEREOR mit unterstützt, sondern tatsächlich auch die der vielen Partner vor Ort. Wir sind durchaus unbequem und wir haben uns mit allen EZ-Ministern schon einmal im kritischen Dialog befunden. Aber trotzdem haben wir das Gefühl, ernst genommen zu werden, gerade weil wir die Stimme des Südens und der Partnerländer sind. Aus diesem Grund fördert das BMZ seit fünfzig Jahren unabhängige kirchliche Entwicklungsarbeit.

5. SCHLUSSBEMERKUNG

Das Eingangszitat von Konrad Adenauer aus dem Jahr 1957 ist ein „nachhaltiger Aufruf, Entwicklungspolitik mit Weitsicht, mit Mut und auf Grundlage eines geisti-

gen Wertefundaments zu konzipieren und umzusetzen“, wie es Anton Pfeifer in seiner Begrüßung anmerkte. Entwicklungspolitik verändere sich: Doch nach wie vor liege die Hauptverantwortung – die Armut zu verringern und einen nachhaltigen Entwicklungsprozess zu unterstützen – bei den Partnerländern. Nur eine weltweite Partnerschaft, die Interessen und Werte einbezieht, weise den Weg aus den globalen Krisen und Konflikten. In diesem Sinne sei die deutsche Entwicklungspolitik ein „eigenständiger, tragender und wahrnehmbarer Eckpfeiler der auswärtigen Beziehungen mit einem eigenen Ministerium, das zu Recht besteht und hoffentlich noch lange bestehen wird“, so Carl-Dieter Spranger.

Dagmar Wöhrl MdB, die Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hob in ihrem Schlusswort das Engagement der Politischen Stiftungen nochmals hervor und bekräftigte, dass eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit über die Leistung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik enorm wichtig sei. Das Ziel sei, die Entwicklungszusammenarbeit in die Mitte der Gesellschaft zu integrieren und den Menschen zu vermitteln, dass „es uns alle betrifft, was in der Welt passiert“. Frau Wöhrl betonte, dass die moderne Entwicklungszusammenarbeit auf ein ergebnisorientiertes Management ausgerichtet sei, das von den Empfängerländern erwarte, ihre Bürger und Bürgerinnen in Entscheidungsprozesse einzubinden und die entsprechenden Rahmenbedingungen sicherzustellen. Dagmar Wöhrl schloss die Tagung, mit dem Aufruf, die Anliegen der Entwicklungspolitik möglichst breit in der Gesellschaft, besonders in der Jugend, zu verankern.



Dagmar Wöhrl MdB und Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Bundestag.

DIE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT

Bereits seit 1952 ist die Bundesrepublik Deutschland in der EZ tätig. Damals beteiligte sich die Bundesrepublik finanziell an dem „Erweiterten Beistandsprogramm der Vereinten Nationen“. 1956 wurde ein erster Fonds, der fünfzig Millionen D-Mark beinhaltete, für die EZ bereitgestellt. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der EZ wurde am 14. November 1961 ein eigenes Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eingerichtet. Das Ziel des Ministeriums war, die verschiedenen und schon vorhandenen Ministerien und Abteilungen, die sich mit EZ beschäftigen, zu bündeln. In den ersten zwei Jahrzehnten seit der Gründung des BMZ stand die Förderung des Wirtschaftswachstums der Partnerländer im Vordergrund. Anfang der 1970er Jahre fand eine Erweiterung der Zielsetzungen statt, sodass neben der Verbesserung des Wirtschaftswachstums auch die Steigerung der Lebensqualität in den Entwicklungsländern in den Vordergrund rückte. Dies sollte unter anderem durch Bildungsangebote, den Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung und durch die Möglichkeit, an politischen Prozessen teilnehmen zu können, geschehen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes führte erneut zu einer Veränderung der EZ. Internationale Konferenzen, wie die Konferenz für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung (Rio de Janeiro 1992) und die Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (Kairo 1994), führten zu einem globalen Verständnis für die Herausforderungen, vor denen alle Länder stehen und die nur gemeinsam gelöst werden können. Daher wurden neue politische Grundsätze für die Zusammenarbeit festgelegt. Die Partnerländer sollten verstärkt die Menschenrechte und demokratischen Prinzipien beachten und die soziale Lage der armen Bevölkerung berücksichtigen. Die EZ wurde zunehmend politischer wie der Vertrag über die Europäische Union von 1993 zeigt, der das „Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit“ erstmals als eigenständiger Politikbereich beschrieb.

Seit 2009 ist Dirk Niebel der amtierende Entwicklungsminister der Bundesrepublik Deutschland. Er fusionierte drei entwicklungspolitische Durchführungsorganisationen, die GTZ, den DED und Inwent, zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).



Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin*

Text und Redaktion

*Frederike Aumann
Sebastian Barnet Fuchs*

Fotos

Henning Schacht

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-71-7

www.kas.de